

ANTRAG

10.05.2016

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

**München sagt Stopp
München sagt der Zwangs- und Armutsprostitution den Kampf an**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Gleichstellungsstelle wird beauftragt unter Einbezug von KVR, RAW, Diakonie, Sisters e.V. und Polizei eine Kampagne ähnlich der Stuttgarter "Stuttgart sagt Stopp" oder „Rotlicht-Aus“ (von Diakonie, Sisters e.V. und anderen) umzusetzen. Die Kampagne soll sich dabei direkt an die Freier sowie an alle potentiellen Freier richten.

Begründung:

Das Polizeipräsidium München geht für 2015 von 2800 sogenannten legalen Prostituierten in München aus, dabei seien 16 % Deutsche Prostituierte. Daneben findet insbesondere zu Großveranstaltungen, wie bestimmten Messen, dem Oktoberfest oder Fußballspielen verstärkt Prostitution statt. Dazu kämen „mehrere 1000“ Prostituierte nach München. Die freie, selbständige und selbstbewusste Prostitution erlebt die Polizei nicht als Realität. Die aktuellen Prostituierten sind z.T. bildungsfern aufgewachsen, häufig Analphabetinnen, oft kommen sie aus anderen Ländern und sind nicht großstädtisch aufgewachsen. Jedes Jahr werden der Polizei 2500 Prostituierte neu bekannt, es gibt eine sehr starke Zu- und Abwanderung, der einen effizienten Kontakt zu den Frauen sehr erschwert und arbeitsintensiv macht. Es gibt für Gesamtdeutschland einen großen Dunkelbereich von Menschenhandel und erzwungener Zuhälterei. In München lebt die große Masse der legalen Prostituierten in Bordellen und wird innerhalb von 14 Tagen ausgewechselt. Nur selten werden diese Fälle bekannt, wie die tz am 24.09.2014 über eine 16-Jährige berichtete, die wochenlang festgehalten und zur Zwangsprostitution gezwungen wurde.

Die Stuttgarter Kampagne richtet sich direkt an die Freier sowie an alle potentiellen Freier. In sämtlichen Kampagnenmotiven steht die Frage der Menschenwürde im Mittelpunkt. Ziel ist zu einer Wertediskussion rund um die Themen Sexualität, Partnerschaft und Frauenbild in der Gesellschaft anzuregen. Eine Kampagne in dieser Form ist auch in München geeignet, den Schutz von Menschen- und Frauenrechten zu verbessern.

Ulrike Grimm, Stadträtin